

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Mittwoch, 16. November 2022, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

17. November 2022

1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Norbert Sprafke, Vorsitzender, SPD
Jutta Schwalm, 1. stellvertretende Vorsitzende, CDU
Mustafa Gündar, 2. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne
Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne
Wolfgang Decker, Mitglied, SPD (Vertretung für Esther Kalveram)
Petra Ullrich, Mitglied, SPD
Annette Knieling, Mitglied, CDU
Holger Römer, Mitglied, CDU
Jenny Schirmer, Mitglied, DIE LINKE
Matthias Nölke, Mitglied, FDP (Vertretung für Manuela Ernst)
Michael Werl, Mitglied, AfD (Vertretung für Norbert Hansmann)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates
Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates (Vertretung für Helga Engelke)

Magistrat

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

Schriftführung

Feyza Tanyeri, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Tagesordnung:

- | | |
|--|------------|
| 1. Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss | 101.19.536 |
| 2. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen | 101.19.528 |
| 3. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte | 101.19.631 |
| 4. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe" | 101.19.641 |
| 5. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut" | 101.19.643 |

Vorsitzender Sprafke eröffnet die mit der Einladung vom 8. November 2022 ordnungsgemäß einberufene 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Auf Antrag der anfragestellenden Fraktion, Die LINKE, wird der Tagesordnungspunkt 2 betr. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen, 101.19.528, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Vorsitzender Sprafke stellt die Tagesordnung fest.

1. **Regelmäßige Berichterstattung über die Auswirkungen der Ukrainekrise auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine im Sozialausschuss
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juli 2022
Bericht des Magistrats
- 101.19.536 -**

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, regelmäßig über die Situation von geflüchteten Menschen aus der Ukraine im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu informieren. Dabei soll schwerpunktmäßig über aktuelle Entwicklungen und Problemlagen berichtet werden.

Bürgermeisterin Friedrich informiert über den aktuellen Stand. Sie berichtet über die Unterbringung, die Sprachkursangebote, die Finanzierung und Kosten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen

Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.528 -

Auf Antrag der anfragestellenden Fraktion, DIE LINKE, wird der Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

3. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.631 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Beratungsstelle möglichst innerhalb des Gesundheitsamtes einzurichten, an welche sich Bürger bei Vorliegen von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden nach Covid-Impfung wenden können. Diese Stelle soll Impfgeschädigten bei der Suche nach Ärzten und Behandlungsmöglichkeiten passender Fachrichtungen unterstützen. Ebenso soll diese Stelle Betreuungs- und Entschädigungsmöglichkeiten für Impfgeschädigte aufzeigen, Zuständigkeiten benennen und ggf. entsprechende Formulare vorhalten.

Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte, 101.19.631, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

4. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe"

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.19.641 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Anforderungen und Bedarfe für das Aufstellen von Ruhebänken zu berichten. Insbesondere sollen hierbei die folgenden Punkte berücksichtigt werden.

1. Wie viele Ruhebänke sind in Kassel aufgestellt und wie verteilen sie sich in den einzelnen Stadtteilen?
2. Wer ist für die Verkehrssicherheit und Pflege der Ruhebänke und ihrer Standorte zuständig?
3. In welchen Stadtteilen wurden Ruhebänke ehrenamtlich oder durch Sponsoren aufgestellt und in welcher Anzahl?
4. Wie entwickelt sich nach Auffassung des Magistrates der Bedarf an Ruhebänken, insbesondere angesichts der demographischen Entwicklung?

Stadtverordnete Ullrich, SPD-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Bericht "Ruhebänke im Stadtgebiet als Mittel zur Teilhabe", 101.19.641, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Decker

5. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut"

5 von 5

Antrag der SPD-Fraktion
- 101.19.643 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, zweimal jährlich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über die Arbeit des neu gegründeten Kasseler Paktes gegen Armut zu berichten.

Stadtverordnete Ullrich, SPD-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der SPD-Fraktion betr. Bericht "Kasseler Pakt gegen Armut", 101.19.643, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 17:18 Uhr

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin